

5. IV. 1919

87

# Reichskonferenz der Eisenbahn-Arbeiterräte.

II. — Frankfurt, 4. April.

Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst einen Vortrag von Richard Müller (Berlin) über „Sozialisierung und Demokratisierung der Betriebe und der Verwaltung“. Der Redner forderte, daß sofort mit der Sozialisierung aller Produktionsmittel und Betriebe, Bergbau, Schifffahrt, Großgrundbesitz, Versicherungswesen usw. begonnen werde. Auch das Bankwesen sei zu sozialisieren, jedoch müsse dies mit besonderer Vorsicht geschehen. Die Sozialisierung sei eine hochpolitische Machtsfrage, die aber nicht zu lösen sei, solange die Nationalversammlung aus einer bürgerlichen Mehrheit bestehe. Die Staatseisenbahnverwaltung befinde sich noch in Händen weniger Beamten, die den ganzen Betrieb beherrschten. Die Anordnungen der Eisenbahnräte würden von den Beamten in reaktionärem Sinne ausgeführt. Protektion habe die meisten Beamten, selbst wenn sie Strohköpfe seien, in die höheren Stellen geführt. Der Eisenbahnbetrieb müsse der Allgemeinheit unterstellt werden, die gesamte Leitung gehöre in die Hände der Arbeiter. Ein Teil der Arbeiterschaft habe sich leider der Revolution abgewandt, da die Mehrheitssozialisten alles getan hätten, um das Räteystem zu diskreditieren. Der Redner besprach die Verhandlungen der Regierung und der Großindustriellen mit den Gewerkschaften zur Bildung von Zentralräten und Arbeitervertretern. Mit Bestimmtheit sei zu erwarten, daß man diesen Plänen in Weimar gesegnete Geltung verleihen wolle. Gegen diese Machenschaften müsse die Konferenz entschiedene Stellung nehmen. Im Bolschewismus erblickten jetzt selbst die Bürgerlichen den Rettungsanker aus dem politischen Strudel. Es sei Aufgabe der Arbeiter, den Sozialisierungsprozeß durch Erfassung aller schaffenden Hand- und Kopfarbeiter durch Einsetzung des Räteystems zu beschleunigen. In allererster Linie gelte es, die Intelligenzen zur Hilfe und Mitarbeit aufzurufen. Ausnahmslos aber gehöre die gesamte Kontrolle in die Hände der Arbeiter, wie es schon in vorbildlicher Weise bei der Berliner Feuerwehr der Fall sei. Ohne Streit könnten bei der augenblicklichen politischen Konstellation die Rechte der Arbeiter nicht erzungen werden. Das gelte vor allem auch für die Eisenbahner.

In der Aussprache traten alle Redner für das Räteystem ein. Zur Reichseisenbahnfrage gab Schramm (München) für die süddeutschen Räte eine zustimmende Erklärung ab, jedoch mit dem Vorbehalt, daß den Süddeutschen nicht allzu viele preußische Beamte vorgesetzt würden. In einem zusammenfassenden Schlusswort mahnte Wittkisch (Frankfurt) eindringlich zum Zusammenwirken aller jetzt noch aus- und nebeneinanderstrebenden Parteien. Man solle zu Kompromissen sich die Hände reichen, wenn nicht schließlich die Errungenschaften der Revolution verloren gehen sollten. Dikmann (Frankfurt) lehnte unbedingt Kompromisse und Halbheiten, wie Wittkisch sie vorschlägt, als unsozialistisch ab. Die weiteren Ausführungen des Redners gingen schließlich in scharfe Angriffe auf die Mehrheitssozialisten über und begegneten starkem Widerspruch bei einem Teil der Versammlung. Richard Müller will nicht mit den Mehrheitssozialisten in Fragen der Sozialisierung weiter arbeiten. Die Räteorganisation müsse unter allen Umständen ein politisches Kampfinstrument werden. In den Führern der Gewerkschaften müsse man die größten Gegner der Räte erblicken, während die Mitglieder selbst Anhänger des Systems seien. Die Führer müßten verschwinden, auch wenn sie noch so große Verdienste besäßen. Auch im Eisenbahnerverband seien die rücksichtslosen Führer zu beseitigen.

Während der Debatte erschien Eisenbahndirektionspräsident Reuleaux und begrüßte „als Hausherr“ die Tagung, der er gute Erfolge zum besten der Eisenbahn, der Regierung und des Vaterlands wünschte, zugleich hofft er, weiterhin ein gutes Zusammenwirken von Regierung und Arbeiterschaft.

Wibb (Magdeburg) berichtete über den von einer Kommission bearbeiteten Entwurf über die Organisation des Räteystems bei den deutschen Staats- und Privatseisenbahnen. Die Organisation soll sich auf folgende Grundlage aufbauen: Betriebsräte für Betriebs-, Verkehrs-, Maschinen- und Werkstättenämter, Bezirksräte bei den Direktionen, ein Central-Eisenbahnrat beim Ministerium. Außerdem wird dem Ministerium ein geschäftsführender Ausschuss, der aus 7 Arbeitern und 5 Beamten besteht, beigeordnet.

Ein Antrag auf Vertagung der Konferenz auf unbestimmte Zeit wurde abgelehnt.

Die Verhandlungen werden am Samstag fortgesetzt.

N. Berlin, 4. April. (Priv.-Tel.) Der neue preussische Eisenbahnminister ist angegriffen worden, weil er zu dem nach Frankfurt einberufenen Kongress der Eisenbahner den Delegierten weder Urlaub noch freie Fahrt und Fortzahlung des Lohnes gewährt habe. Wie demgegenüber von zuständiger Seite betont wird, ist der Urlaub für die Arbeiterräte aus diesem Anlaß nicht verweigert worden, was ja schon aus der Tatsache zu ersehen ist, daß in Frankfurt hundert Delegierte aus Preußen sich versammeln konnten. Wohl aber hat der Eisenbahnminister keinen Grund eingesehen, den Antragstellern auch freie Fahrt und unverminderte Lohnzahlung zu bewilligen, denn in Frankfurt a. M. sollte über eine Angelegenheit beraten werden, über die der Minister im Benehmen mit den Vertretern der Eisenbahnarbeiterverbände zu bestimmen hat und über die Verhandlungen bereits im Gange sind. Zur Gewährung der beantragten Vergünstigungen lag deshalb umso weniger Veranlassung vor, als sonst der Verlastung der Eisenbahn zur Zeit äußerster Verkehrsbeschränkungen durch Einräumung von nicht unbedingt notwendigen Freifahrtsscheinen Vorbehalt geübt worden wäre.